

1019 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Bericht des Unterrichtsausschusses

über den Antrag 519/A der Abgeordneten Maria Schaffenrath und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz geändert wird

Die Abgeordneten Maria Schaffenrath und Genossen haben den gegenständlichen Initiativantrag am 9. Juli 1997 im Nationalrat eingebracht. Dieser Antrag war wie folgt begründet:

„Die schulische Bildung ist eine der Voraussetzungen für die Verwirklichung der Chancengleichheit für Frauen und Männer im Berufsleben; durch Bildung und Ausbildung sollten deshalb die Beseitigung von Klischees gefördert, die Grundsätze einer ausgewogenen Verteilung der Aufgaben in Familie und Beruf entwickelt und die Jugendlichen in angemessener Weise auf das Arbeitsleben vorbereitet werden. Es ist wichtig, daß alle am Bildungsprozeß Beteiligten zur Förderung der Chancengleichheit beitragen, um die erforderliche Veränderung der Denk- und Verhaltensweisen herbeizuführen.

Die Schule hat mitzuwirken, das traditionelle Rollenverhältnis kritisch zu hinterfragen.

Es geht darum, Mädchen und Buben in ihren vorhandenen Fähigkeiten zu bestärken, aber ihnen gleichzeitig Möglichkeiten und Perspektiven zu eröffnen, ihre Interessen und Fähigkeiten jenseits festgefahrener Rollenklischees weiterzuentwickeln.“

Der Unterrichtsausschuß hat den Antrag 519/A in seiner Sitzung am 3. Dezember 1997 in Verhandlung genommen.

Den Bericht über den gegenständlichen Antrag erstattete der Ausschußobmann Mag. Dr. Josef **Höchtl**.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Mag. Dr. Udo **Grollitsch**, Karl **Öllinger**, Mag. Dr. Josef **Höchtl**, Mag. Karl **Schweitzer**, Dr. Dieter **Antoni**, Maria **Schaffenrath**, DDr. Erwin **Niederwieser**, Dr. Susanne **Preisinger**, Dr. Gertrude **Brinek**, Dipl.-Ing. Leopold **Schögg**l und Elfriede **Madl** sowie die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten Elisabeth **Gehrer**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Initiativantrag keine Mehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuß somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1997 12 03

Mag. Walter Posch

Berichterstatter

Mag. Dr. Josef Höchtl

Obmann